

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ein Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (über das zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Heftes intensiv mit der politischen Führung Polens gerungen wird) ist es, den 2005 an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden zunächst gescheiterten EU-Verfassungsvertrag in der Substanz zu retten. Auf dem Spiel steht die Handlungsfähigkeit oder institutionelle Tragfähigkeit einer vergrößerten Europäischen Union – nicht zuletzt ein wichtiger Aspekt der so genannten „Absorptionskapazität“ der EU. Diese gewann in neuerer Zeit wachsende Bedeutung in der Diskussion darüber, ob die EU in Zukunft weitere Beitritte z.B. aus Südosteuropa verkraften kann. Siegfried Schultz und Ulrich Brasche setzen sich in ihrem Beitrag grundlegend mit dem Begriff der „Absorptionskapazität“ der EU und ihren Komponenten auseinander. Neben der institutionellen Tragfähigkeit identifizieren sie ökonomische Verträglichkeit, finanziell-budgetäre Belastbarkeit und Erfüllung sicherheitspolitischer Bedürfnisse als wichtige Aspekte der Aufnahme- oder Integrationsfähigkeit der EU. „Der Ausdruck suggeriert mehr Präzision als er hat“, so das Fazit der Autoren – und die Frage zukünftiger Erweiterungen entscheidet sich letztlich am politischen Willen der Regierungen und der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten.

Zu den von Schultz und Brasche genannten „sicherheitspolitischen Bedürfnissen“ zählt auch die „gesicherte Verfügbarkeit energetischer Rohstoffe“. Miklós Losoncz zeigt anhand der aktuellen und zeitweise hitzigen Diskussion über die beiden konkurrierenden Gas-Pipeline-Projekte Nabucco und Blue Stream, welche Rolle Südosteuropa bereits heute bei der Sicherung der künftigen Energieversorgung Europas spielt. Das Beispiel Ungarn zeigt, dass die Staaten Mittel- und Südosteuropas längst ihre eigenen energiepolitischen Interessen vor allem im Verhältnis zum Hauptlieferanten Russland selbstbewusst verfolgen.

Von Russland bleibt Europa nicht nur bezüglich der Energieversorgung langfristig abhängig. Auch in zentralen Fragen der politischen Zukunft Südosteuropas erhebt Moskau neuerdings verstärkt seine Stimme. In der anstehenden Entscheidung des UN-Sicherheitsrats über die Zukunft des Kosovo droht Russland mit einem Veto, sofern die Statusfrage des Kosovo nicht im Konsens mit Belgrad geregelt werden kann. Dass es einen solchen Konsens trotz intensiver Verhandlungen nicht gibt, dass die Positionen von Serben und Kosovo-Albanern nach wie vor diametral verschieden sind, hat der UN-Sonderbeauftragte für den Kosovo, Martti Ahtisaari, in seinem Bericht zum zukünftigen Status des Kosovo vom 26. März 2007 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Den vollen Text des Berichts finden Sie in unserer Rubrik Dokumentation. „Die Zeit ist reif für eine Lösung des Kosovo-Status“, so Ahtisaari. „Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass die einzig mögliche Option für Kosovo die Unabhängigkeit ist, welche in einer Anfangsphase von der internationalen Gemeinschaft überwacht werden muss.“

Wir hoffen, dass Sie als Leser/-in der Südosteuropa Mitteilungen auch Interesse an denjenigen Beiträgen finden, die sich mit besonderen und oftmals zu wenig beachteten Teilaspekten der politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Realität in den Ländern Südosteuropas auseinandersetzen, wie etwa der Forstpolitik in Bulgarien oder der Umweltpolitik in Griechenland. Wenn Sie sich für weitere wichtige Veröffentlichungen aus und über Südosteuropa interessieren: In unserem ausführlichen Rezensionsteil finden Sie eine Fülle von Anregungen.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf